



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Nord  
Bezirksversammlung

<b>gemeinsamer Antrag</b> öffentlich <b>Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b> <b>SPD-Fraktion</b> Philipp Noß, Michael Schilf, Isabel Permien	Drucksachen-Nr.: <b>21-2364</b>
	Datum: 21.05.2021
	Aktenzeichen: 440.20-12

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Jugendhilfeausschuss	26.05.2021

## **Gemeinsamer Antrag der GRÜNE Fraktion und der SPD-Fraktion: Impfpriorisierung für Jugendliche - Sichere Teilhabe an Bildung und Freizeitangeboten ermöglichen**

Sachverhalt:

Die Pandemie hat neben den nun doch bekannt werdenden gesundheitlichen Auswirkungen auf einen Teil der infizierten Kinder und Jugendlichen vor allem psychosoziale Auswirkungen auf einen bedeutend größeren Teil dieser Bevölkerungsgruppe. Schulschließungen verbunden mit Distanzunterricht und die Schließung sozialräumlicher Angebote für Kinder und Jugendliche haben schwerwiegende, bisher kaum abzuschätzende Folgen, insbesondere für ärmere Familien und Familien mit kurzer Bildungsbiografie.

Nachdem die Schülerinnen und Schüler in ihrem Recht auf Bildung mehr als ein Jahr eingeschränkt waren, um die vulnerablen Gruppen zu schützen, sollte es nun an der Zeit und gesamtgesellschaftliches Ziel sein, den Kindern die Teilhabe an Bildung und Freizeitangeboten ohne Einschränkungen zu ermöglichen.

In der vorhandenen Impfpriorisierung gegen SARS-Cov-2 spielen Kinder und Jugendliche bisher keine Rolle. Was auch daran liegt, dass aktuell noch kein Impfstoff für Jugendliche unter 16 Jahren zugelassen ist. Dennoch ist es möglich, zumindest die Altersgruppe 16 bis 25 Jahre, d.h. Jugendliche, die sich in den Abschlussjahrgängen, in der Berufsausbildung oder im Studium befinden, zu impfen.

Da Schulen Orte sozialer Vernetzung sind, könnten Infektionsketten durch eine umfassende Impfung dieser Alterskohorte unterbrochen und die Verbreitung des Virus weiter eingedämmt werden.

Petition/Beschluss:

Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord möge daher beschließen:

Der Bezirksamtsleiter setzt sich bei der Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration dafür ein, dass Personen der Altersgruppe 16 bis 25 Jahre als nächstes priorisiert werden. Ziel ist ein umfassender Impfschutz der Altersgruppe zu Beginn des neuen Schuljahres 21/22.

**Für die SPD-Fraktion**

**Philipp Noß**

**Für die GRÜNE Fraktion**

**Michael Schilf  
Isabel Permien**

Anlage/n:

Keine